

SPD-Fraktion informiert Bürger über den Hochwasserschutz und das neue interkommunale Gewerbegebiet

(mk) Im Spiegelzimmer der Mörsbergei haben die Stühle fast nicht ausgereicht, so groß war das Interesse der Bubenreuther Bürgerinnen und Bürger an den aktuellen kommunalen Themen. Hermann Stumptner, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Bubenreuth, freute sich, nicht nur Parteimitglieder zur Informationsveranstaltung begrüßen zu dürfen. Johannes Karl, Vorsitzender der SPD-Gemeinderatsfraktion, erläuterte zunächst den aktuellen Stand zum geplanten Ausbau des **Hochwasserschutzes** in Bubenreuth. Seit kurzem läge der Vorschlag des beauftragten Ingenieurbüros vor, zwei Schutzdämme zur Wasserrückhaltung im Wald zu errichten. „Das hätte man schon viel früher



Johannes Karl erläutert das aktualisierte Konzept für den Hochwasserschutz

haben können“, erläuterte Karl. Denn bereits im Januar 2008 habe eine Bürgerinitiative in einem Schreiben genau diesen Vorschlag unterbreitet.

Seinerzeit habe die SPD-Fraktion die Errichtung eines „runden Tisches“ gefordert, damit sich die Bürgerinnen und Bürger zu diesem wichtigen Thema fortlaufend einbringen könnten. Doch leider wurde dieser Vorschlag im Gemeinderat abgelehnt. So habe Bubenreuth wichtige Zeit zum Schutz der eigenen Bevölkerung verstreichen lassen.

Dass es ohne die Eigeninitiative der Bubenreutherinnen und Bubenreuther nicht gehe, zeige auch die Planung eines interkommunalen Gewerbegebietes. Die Bubenreuther SPD unterstützt die Bürgerinitiative „Rettet den Regnitzgrund“, die die Errichtung dieses **interkommunalen Gewerbegebietes** durch die Gemeinden Bubenreuth und Möhrendorf verhindern will. Flächen werden versiegelt und gehen so unwiederbringlich verloren. „Es gibt in Bubenreuth bis jetzt nur zwei Interessenten zur Ansiedelung im geplanten Gewerbegebiet. Diese geringe Nachfrage und die ungeklärten Maßnahmen zur grundsätzlichen Sicherung von Flächen für das heimische Gewerbe machen klar, dass wir dieses Gewerbegebiet nicht benötigen“, so Karl weiter. Vielmehr könnten freie Flächen im Gemeindegebiet Bubenreuths genutzt werden. Ein neues Gewerbegebiet im Außenbereich ist nur dann genehmigungsfähig, wenn die Gemeinde nachweisen kann, dass keine anderen Flächen im Ortsbereich zur Verfügung stehen. („Notstandsreserve“). Die Mehrheit aus CSU und Freien Wählern im Gemeinderat haben im September 2009 diesen „Notstand“ herbeigeführt: Nahezu alle bisher möglichen Areale zur Ansiedelung von Gewerbe sollen im Flächennutzungsplan zukünftig als Wohngebiet ausgewiesen werden. Damit ist es nun möglich, den Neubau außerhalb der Ortsgrenze eines Gewerbegebietes zu begründen. Johannes Karl forderte die Anwesenden dazu auf, das **Bürgerbegehren** „Rettet den Regnitzgrund“ zu unterstützen. Zehn Prozent der Wahlberechtigten müssen sich für das Anliegen aussprechen, dann käme es zum Bürgerentscheid – vielleicht schon am 4. Juli 2010, wenn die Bürgerinnen und Bürger Bayerns über den Nichtraucherschutz abstimmen.

Im Anschluss referierte Christian Pech, SPD-Kreisrat, über aktuelle Themen aus dem Kreistag. Von besonderem Interesse war für die Anwesenden der geplante **Neubau des Landratsamtes**. Hörten sie doch mit Erstaunen, dass Bubenreuth neben Baiersdorf, Erlangen (Gelände am Bezirksklinikum sowie das Gossengelände), Spardorf immer noch im Rennen sei. Der ideale Standort sei seiner Meinung nach sicherlich das Gossengelände in Erlangen. Der Kreistag werde sich in Kürze wieder mit diesem Thema beschäftigen.